

Kuba 1999: zwischen Repression und Agonie

Gratius, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gratius, S. (1999). *Kuba 1999: zwischen Repression und Agonie*. (Brennpunkt Lateinamerika, 10). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444102>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 10

28. Mai 1999

ISSN 1437-6148

KUBA 1999: Zwischen Repression und Agonie

Susanne Grätius

Wohin steuert die kubanische Revolution? Ist die innenpolitische Verhärtung zu Beginn des Jahres 1999 ein Zeichen für die Agonie des Castro-Regimes und eine wachsende Opposition, oder handelt es sich lediglich um eine kurzfristige Strategie der Einschüchterung, um die Ordnung wiederherzustellen? Der zunehmend martialische Diskurs des Regimes richtet sich inzwischen nicht mehr allein gegen die externe Bedrohung durch die USA, sondern auch gegen die "interne Bedrohung" durch zwei post-sowjetische Phänomene: Kriminalitätsanstieg und politischer Pluralismus. Die Wirtschaftskrise und die zunehmende Dollarisierung des Landes stellen nicht nur das sozialistische Prinzip der Gleichheit, sondern auch die sozialen Errungenschaften und damit die wichtigste Legitimationsbasis der Revolution in Frage. Die langfristigen Folgen des Antagonismus zwischen wirtschaftlicher Öffnung und politischer Stagnation sind nur schwer vorauszusagen, da Fidel Castro mit Hilfe der Militärs die Geschichte des Landes nach wie vor fest in der Hand hält. Andererseits könnte gerade der absolute Machtanspruch des Kommandanten das Ende einer "Revolution ohne Erben" einleiten.

Innenpolitische Verhärtung

Das Castro-Regime fühlt sich bedroht, nicht nur von außen, wie offiziell behauptet, sondern vielmehr durch die wachsenden innenpolitischen Spannungen seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks. Ein Jahr nach dem historischen Papstbesuch und fast pünktlich zur 40-Jahresfeier der Revolution hat die kubanische Regierung zu Beginn des Jahres 1999 einen innenpolitischen "Säuberungsprozeß" eingeleitet, mit dem Argument, die angeblich von den USA finanzierte Subversion, Dissidenten einbegriffen, zu bekämpfen. Es wurde ein Exempel statuiert:

- Im März verurteilte man vier bekannte Oppositionelle und Autoren eines politischen Manifests für demokratische Reformen in einem

nicht öffentlichen Prozeß zu Gefängnisstrafen zwischen dreieinhalb und fünf Jahren.

- Parallel dazu und mit der offensichtlichen Intention die Dissidenten mit Kriminellen gleichzusetzen, begann der Prozeß gegen zwei salvadoranische Saboteure, die wegen mehrerer Bombenattentate gegen kubanische Hotels im Sommer 1997 zum Tode verurteilt wurden.

Zwei Monate später erhielten drei unabhängige kubanische Journalisten Haftstrafen bis zu drei Jahren wegen "Beleidigung von Staatsbeamten". Obwohl sie nicht unter die neue Gesetzgebung fallen, waren sie die ersten Opfer der Strafrechtsverschärfung gegen die freie Meinungsäußerung. Am 15. März 1999, drei Jahre nach dem umstrittenen Helms-Burton-Gesetz, trat das Gesetz zur

“Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und kubanischen Wirtschaft” in Kraft, das Freiheitsstrafen zwischen zwei und 20 Jahren für US-Kollaborateure vorsieht. Dies sind im Prinzip alle Personen, deren Informationen den Zielen des Helms-Burton-Gesetzes oder des Embargos dienen könnten, um “die interne Ordnung zu zerstören, das Land zu destabilisieren und den sozialistischen Staat und seine Unabhängigkeit zu liquidieren”. Der Interpretationsspielraum ist damit nahezu unbegrenzt, und das Gesetz dient allen potentiellen Regimekritikern als Warnung und Abschreckung für außerparteiliche Meinungsfreiheit.

Schärfere Maßnahmen gegen Kriminalität

Kurz vor der Repressionswelle hatte die kubanische Regierung einen Feldzug gegen den steten Anstieg der Kriminalitätsrate im Zuge der Dollarisierung der kubanischen Wirtschaft eingeleitet. In seiner Rede vom 5. Januar 1999 forderte Fidel Castro härtere Strafen für Kriminelle sowie die Beendigung der Prostitution. Die Antwort kam prompt:

- Das Polizeiaufgebot in Havanna wurde verstärkt und eine neue Spezialbrigade gebildet, die vor allem für die Bekämpfung von Prostitution, Diebstahl und Drogenhandel zuständig ist und im Gegensatz zu anderen Einheiten über modernste Ausrüstung verfügt. Nichtoffiziellen Verlautbarungen zufolge nutzte man dabei auch die Gelegenheit, um offizielle und nichtoffizielle Freiberufler zu schikanieren. Seitdem scheinen jedoch Prostitution und Diebstahl nicht länger das Bild der kubanischen Hauptstadt zu prägen.
- Am 15. Februar verabschiedete die nationale kubanische Volksversammlung eine Strafrechtsreform, die einerseits die Straftatbestände, die mit der Todesstrafe geahndet werden können, erweitert und andererseits vormals nahezu unbekannte Delikte wie Drogenhandel, Prostitution von Minderjährigen, Geldwäsche oder gewaltsamer Raub aufnimmt. Darüber hinaus wurden die Sanktionen für “Diebstahl von Staatseigentum” (*de facto* der Schwarzmarkthandel) und Waffenbesitz verschärft. Im Gegensatz zum bisherigen Strafrecht, das Höchststrafen von 20 Jahren vorsah, können jetzt auch lebenslängliche Urteile verhängt werden.

Die drakonischen Maßnahmen zeigen, daß der wirtschaftliche Öffnungsprozeß nach der Auflösung des sozialistischen Blocks, ebenso wie in zahlreichen anderen Transformationsgesellschaften – sprich China, Rußland oder einige osteuropäische Staaten – nicht nur die Regimekritik verstärkt, sondern auch ein neues Sicherheitsproblem geschaffen hat, das die kubanischen Machthaber zum ersten Mal öffentlich anerkennen. Der Präsident des kubanischen Parlaments Ricardo Alarcón de Quesada rechtfertigte die Strafrechtsreform am 5. März mit dem Argument, der Kampf gegen Kriminalität sei vor allem ein politisches Anliegen, “da sie uns von innen aushöhlen kann”. Kuba ist zwar von der organisierten Kriminalität, Mafiabildung und weitverbreiteten Korruption in anderen ehemals sozialistischen Staaten noch weit entfernt, die Strafrechtsverschärfung macht aber deutlich, daß die wachsende Kriminalität sowohl die interne Stabilität als auch langfristig den bisherigen sozialen Konsens gefährden kann. Gleichzeitig steht sie in offensichtlichem Widerspruch zu einer Revolution, die seit Jahrzehnten die Entstehung des von Ernesto Che Guevara konzipierten “neuen Menschen” predigt und deren Legitimation vor allem auf hohen moralischen Ansprüchen als Gegensatz zum Materialismus der kapitalistischen Staaten basiert.

Internationale Reaktionen und außenpolitische Konsequenzen

Die internationale Reaktion auf die innenpolitische Verhärtung blieb nicht aus: Nach dem Scheitern der US-Resolution im vergangenen Jahr verurteilte die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen Kuba am 23. April wegen Verletzung der Menschenrechte und Mißachtung der demokratischen Grundrechte. In einer Erklärung der deutschen Präsidentschaft vom 16. März kritisierte die EU das Urteil gegen die Dissidenten scharf, der spanische Regierungspräsident José María Aznar sagte den seit einem Jahr geplanten Besuch der spanischen Könige in Kuba im ersten Halbjahr 1999 ab, und Kanada kündigte eine Revision der bisherigen Politik des konstruktiven Engagements an.

Trotz der scharfen Verurteilung der Maßnahmen im Ausland hatte die innenpolitische Verhärtung bisher kaum außenpolitische Auswirkungen. Im Gegenteil, die Einbindung des Landes in die Weltwirtschaft macht stete Fortschritte: Auch ohne Abkommen ist die EU inzwischen mit Abstand der wichtigste Kooperations- und Handels-

partner des Inselstaates, Kanada sein bedeutendster Investor und Allianzpartner auf dem amerikanischen Kontinent, und trotz US-Veto hat Kuba seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten erheblich verbessert. Kuba ist seit 1998 Mitglied von ALADI, gehört der *Association of Caribbean States* (ACS) sowie dem Lateinamerikanischen Parlament an und hat einen Beobachterstatus bei den AKP-Staaten. Angesichts dieser außenwirtschaftlichen Fortschritte und der Tatsache, daß die politische Lage im Land nur einen geringen Einfluß auf die Wirtschaftsbeziehungen ausübt, scheint das Kosten-Nutzen-Kalkül des Regimes das Risiko einer möglichen innenpolitischen Destabilisierung durch Regimekritiker und den Anstieg der Kriminalitätsrate höher zu bewerten als die möglichen außenpolitischen Kosten.

Wie so oft, rechtfertigte die kubanische Regierung die Maßnahmen mit dem legitimen Schutz gegen das omnipräsente Feindbild USA, die gegen die kubanische Wirtschaft und die nationale Unabhängigkeit des Landes Krieg führen. Der *de facto* kubanische Premierminister Carlos Lage begründete sowohl die Verurteilung der Dissidenten als auch die Strafrechtsverschärfung mit dem altbekannten Argument der legitimen Verteidigung gegen den "intensiven und skrupellosen Krieg der USA für das Ende des sozialistischen Staates und der kubanischen Unabhängigkeit". Demnach kann nur der kubanische Sozialismus die Souveränität garantieren, während eine politische Öffnung nicht nur ein Zugeständnis an die Interessen der USA wäre, sondern automatisch den Verlust der nationalen Unabhängigkeit nach sich ziehen würde.

Wie lange sich diese Argumentation noch aufrechterhalten läßt, hängt vor allem von der Kuba-Politik der USA ab. Sollte die US-Regierung ihre jahrzehntelange Isolierungsstrategie aufgeben und das Embargo lockern, könnten sie damit womöglich einen politischen Machtwechsel auf der Karibikinsel beschleunigen. Anzeichen dafür gibt es bereits: Seit 1998 hat die US-Regierung zahlreiche Embargo-Beschränkungen wieder zurückgenommen und den Stand der Beziehungen vor der Verabschiedung des Helms-Burton-Gesetzes wieder hergestellt. Im März 1998 und Januar 1999 autorisierte die US-Regierung die Wiederaufnahme der Direktflüge nach Havanna, hob die Beschränkungen für die Geldsendungen bis zu 1.200 Dollar jährlich auf, gab die humanitäre Hilfe frei und fördert seitdem bilaterale Kontakte im kulturellen und akademischen Bereich.

Gesellschaftlicher Wandel und politischer Pluralismus in Kuba?

Der zunehmend martialische Diskurs des Regimes gegen alle inneren und äußeren Feinde der Revolution, der dem eines Landes im Kriegszustand gleicht, ist ein verlässliches Thermometer für die Zuspitzung der innenpolitischen Lage. Die jüngste Kampagne gegen Regimekritiker und Andersdenkende macht deutlich, daß sich das Castro-Regimes einer wachsenden Bedrohung von innen ausgesetzt sieht und befürchtet, die Kontrolle über die Situation zu verlieren. Der zu Beginn der neunziger Jahre eingeleitete halbherzige marktwirtschaftliche Öffnungsprozeß hat die Grundfesten des kubanischen Sozialismus erschüttert und untergräbt die Legitimation der politischen Führungselite. Ein aufstrebender Privatsektor, die Aufwertung der Religion, soziale Unterschiede sowie das Entstehen einer autonomen Zivilgesellschaft machen deutlich, daß sich Kuba auf dem Wege einer Transition befindet, die sich in einer wachsenden Distanz zwischen einer reformwilligen Bevölkerung und einer stagnierenden politischen Führungselite widerspiegelt.

Auch wenn dies offiziell abgestritten wird, hat das Ende des real existierenden Sozialismus auch in Kuba einen gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozeß bewirkt, der langfristig politische Konsequenzen haben könnte und sich bereits heute in einer zunehmenden Polarisierung zwischen Staat und Volk widerspiegelt. Das politische Spektrum in Kuba hat sich erweitert. Neben der Kommunistischen Partei und den staatlichen Organisationen sind neue Spielräume für die Katholische Kirche sowie zahlreiche kleinere Nichtregierungsorganisationen (NRO) entstanden. Darüber hinaus hat sich die Distanz zwischen Regierung und Intellektuellen vergrößert, die weiterhin, wenn auch nicht offiziell, eine autonome Debatte über die Zukunft des Landes führen. Auch die 140.000 staatlich anerkannten und zahlreichen illegalen Freiberuflern, die weder einer der traditionellen staatlichen Organisationen angehören noch gewerkschaftlich organisiert sind und deren Identifikationsbereitschaft mit der Revolution damit geringer ist, sind ein potentieller politischer Akteur.

Selbst innerhalb der politischen Elite des Landes besteht eine größere Meinungsfreiheit und ein gewisser politischer Pluralismus. Obwohl es in der Kommunistischen Partei zweifellos Reformkräfte gibt, konnten sie sich bisher nicht langfristig gegen die Hardliner durchsetzen. Das Ergebnis der beiden letzten Parteitage macht deutlich,

daß die "Einheitspartei" keineswegs ein monolithischer Block ist, sondern durchaus ein Dissens zwischen Erneuerern und Traditionalisten über den Inhalt und die Umsetzung des Reformprozesses besteht. Der IV. Parteitag im Jahre 1991, zwei Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, ging zugunsten der Reformer aus: Neben der Glaubensfreiheit wurde ein Generationswechsel in der politischen Führungsschicht beschlossen und die Grundlage für die nachfolgende Verfassungs- und Wahlrechtsreform geschaffen. Ebenso ging die anschließende wirtschaftliche Öffnung aus diesem Parteitag hervor. Auch wenn die verabschiedeten Reformen unter den Erwartungen der Erneuerer blieben, verschafften das Ende des realen Sozialismus und die kubanische Wirtschaftsmisere zu Beginn der neunziger Jahre den Reformkräften Auftrieb.

Die Erneuerungsperiode währte jedoch nicht lang. Sie wurde nach dem Abschluß zweier US-amerikanischer Zivilflugzeuge durch die kubanische Luftwaffe am 24. Februar 1996 von einer Phase der Stagnation abgelöst, die bis heute andauert. Um sich an der Macht zu halten, greift das Castro-Regime seit 1996 verstärkt zur offenen oder versteckten Repression gegen Kritiker innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen, die sie damit rechtfertigt, jede von der offiziellen Parteilinie abweichende Meinung diene den Zielsetzungen der USA. In diesem Sinne kann beispielsweise die 1996er Kampagne gegen das *Centro de Estudios sobre América* (CEA) und somit gegen die Entstehung einer unabhängigen Gruppe akademischer Freidenker interpretiert werden. Der V. Parteitag im Oktober 1997, der dem 30. Todestag des Che gewidmet war, stand ganz im Zeichen der historischen Vision der orthodoxen Kräfte: Obwohl die Verjüngung der Parteispitze fortgesetzt wurde, konnten die Reformer diesmal wenig ausrichten. Die politische Resolution des V. Parteitags sollte Einheit und Geschlossenheit zugunsten der Kommunistischen Partei und der politischen Führung Fidel Castros demonstrieren, während das wirtschaftliche Grundsatzpapier keine innovativen Vorschläge enthielt. Der V. Parteitag signalisierte vielmehr die fortschreitende Militarisierung des politischen Systems. Die Streitkräfte stellen jetzt ein Drittel des Politbüros und wurden durch ihr erfolgreiches Management zahlreicher Staatsbetriebe von Fidel Castro als Avantgarde der staatlich gelenkten Wirtschaftsreformen ausgezeichnet. Im Anschluß an den V. Parteitag übernahm der General Ulises Rosales del Toro das Zuckerministerium, eine wirtschaftliche Schlüsselstellung; angesichts der desolaten Si-

tuation des wichtigsten kubanischen Exportsektors aber auch ein mögliches politisches Verhängnis.

Aus Sicht der *Hardliner* geht die eigentliche Bedrohung für die Revolution von den marktwirtschaftlichen Reformen und ihren fatalen Folgen für die bisherige Solidargemeinschaft aus. Wie selbst Fidel Castro 1993 einräumte, bleibt dem Regime jedoch keine andere Wahl als das staatliche Wirtschaftsmonopol abzubauen: Paradoxerweise gerade um die sozialen Errungenschaften im Gesundheits- und Bildungsbereich aufrechtzuerhalten sowie wirtschaftlich und politisch zu überleben, sind Strukturreformen zwecks Anpassung an die Bedingungen des Weltmarktes unerlässlich. Neben der Förderung des Tourismus und der ausländischen Direktinvestitionen als Hauptdevisenquellen hat die kubanische Regierung auch eine Teilreform der internen Wirtschaftsordnung vorgenommen: Die Freigabe des Dollarbesitzes, die Arbeit auf eigene Rechnung in über 100 Berufszweigen, die Umwandlung des sowjetischen Kolchossystems in kleinere landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften sowie die begrenzte Öffnung der Bauern- und Handwerkermärkte sind die bedeutendsten Zugeständnisse an die Marktwirtschaft. Einen Privatsektor oder eine Währungsreform wird es im von Castro regierten Kuba auch weiterhin nicht geben. Die wenigen Freiberuflern sind verstärkten staatlichen Kontrollen und hohen Steuern (bis zu 1.000 Dollar monatlich für die sogenannten *paladares*) ausgesetzt.

Die Folgen der Dollarisierung: Ende der Solidargemeinschaft?

Tourismus und Dollarbesitz haben das soziale Gefüge der kubanischen Gesellschaft grundlegend verändert und das Einkommensgefälle vergrößert. Durch die Dollarisierung der kubanischen Wirtschaft hat sich eine Zwei-Klassen-Gesellschaft der lohnabhängigen Peso- und der privilegierten Dollarbesitzer gebildet. Die Devisen stammen vor allem aus dem Tourismus und der finanziellen Unterstützung durch Familienangehörige im Exil, die mit jährlich einer Mrd. US-Dollar inzwischen die Hauptdevisenquelle des Landes darstellt. Paradoxerweise wird die Aufrechterhaltung des kubanischen Systems damit ausgerechnet von den vormals als "*gusanos*" diskreditierten Exilkubanern finanziert. Dies widerspricht nicht nur der von den Exilkubanern geforderten strikten Embargopolitik der USA, sondern auch der anti-imperialistischen Propaganda des Castro-Regimes. Somit ist durch die Dollarisierung der

kubanischen Wirtschaft eine Brücke zwischen Exil und Nation entstanden, die einen entscheidenden Beitrag zur Versöhnung "beider Kubas" leistet.

Zu den Opfern der Dollarisierung gehören neben den Rentnern die traditionellen Stützen des Regimes: Die hochqualifizierte Einkommensgruppe der Ärzte, Lehrer und Universitätsprofessoren hat kaum Zugang zum Dollar und kann nicht auf eigene Rechnung arbeiten. Die Dollarisierung hat zu einer Umkehrung der sozialen Pyramide geführt: Kellner, Taxifahrer, Prostituierte und Hauspersonal gehören im neuen wirtschaftlichen Umfeld zur aufstrebenden Elite des Landes, während Kubaner mit Universitätsabschluß zur unterprivilegierten Klasse gehören. Angesichts dieses offensichtlichen Widerspruchs zum offiziellen Diskurs der sozialen Errungenschaften, die ja gerade den Ärzten, Lehrern und Professoren zu verdanken sind, kündigte die Regierung Ende April 1999 Gehaltserhöhungen für Ärzte von umgerechnet 15 auf 25 Dollar an.

Die Maßnahme scheint dennoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein und löst das Grundproblem eines Wirtschaftssystems von zwei parallel zirkulierenden, nichtkonvertierbaren Währungen kaum. Viele Experten sind der Ansicht, nur eine Währungsreform könnte das Dilemma des dualen Binnenmarktes langfristig beenden und gleichzeitig die Integration des Landes in das internationale Handels- und Finanzsystem beschleunigen. Dies allerdings lehnen die kubanischen Autoritäten zum Teil zu Recht mit dem Argument unkalkulierbarer politischer und sozialer Risiken ab. Das Beispiel anderer Transformationsgesellschaften wie Rußland hat gezeigt, daß wirtschaftliche Schocktherapien tatsächlich kein geeignetes Mittel sind, um wirtschaftliche Stabilität zu erzielen: Die Währungsreform in Rußland führte 1992 zu einer Inflationsrate von 1600%; die damit verbundenen Kaufkraftverluste destabilisieren das Land praktisch bis heute.

Bilanz der graduellen Wirtschaftsreform

Der in Kuba eingeschlagene Weg der "weichen Reform" scheint aber auch nicht zum gewünschten Erfolg zu führen: nach einem überraschenden Wirtschaftswachstum von 7,8% im Jahre 1997 bahnt sich eine erneute Rezession an. 1998 stieg das Bruttoinlandsprodukt lediglich um 1,5%, und für das laufende Jahr ist ein Wachstum von 2,5% vorgesehen. Ob sich diese optimistische Prognose halten läßt, bleibt angesichts der beginnenden

Rezession in ganz Lateinamerika und der rückläufigen Weltmarktpreise für Zucker und Nickel, den beiden Hauptexportprodukten des Landes, mehr als fraglich. Erfolge hat die Regierung vor allem bei der Inflationsbekämpfung und der Sanierung der vormals desolaten Staatsfinanzen vorzuzeigen: Der Preisindex stieg 1998 nur um 2,8% und das Haushaltsdefizit lag bei ca. 3%, was im Vergleich zu den 30% im Jahre 1993 ein erstaunlich positives Ergebnis ist. Dies ist vor allem auf eine rigorose Sparpolitik im Rahmen der sogenannten "Sonderperiode in Friedenszeiten" sowie die Einführung eines selektiven Steuersystems zurückzuführen.

Die Sanierung des Staatshaushalts hat aber wenig an der desolaten Energie- und Lebensmittelversorgung geändert, die seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks vor fast zehn Jahren besteht. Kuba importiert auch weiterhin ca. 50% seiner Lebensmittel aus dem Ausland und deckt lediglich 22% seines Energiebedarfs. Darüber hinaus erzielte die Zuckerernte 1998 das schlechteste Ergebnis seit der Revolution, die landwirtschaftlichen Erträge gingen um 11% zurück, und die Exporterlöse für Nickel und Zucker verringerten sich aufgrund der rückläufigen Weltmarktpreise. Nur die Tourismusindustrie boomt: 1998 besuchten 1,4 Millionen Touristen die Insel und brachten dem Staat Bruttoeinnahmen in Höhe von US\$ 1,8 Mrd. Angesichts des rückläufigen Trends seiner wichtigsten Exportprodukte setzt die kubanische Regierung auch in Zukunft auf die neue Wachstumsbranche, die schon jetzt die wichtigste staatliche Deviseneinnahmequelle ist, allerdings hohe Investitionen für Infrastruktur und Lebensmittel erfordert.

Mit Ausnahme der Tourismusbranche und der Sanierung der Staatsfinanzen ist die wirtschaftliche Bilanz des Castro-Regimes denkbar schlecht. Offiziellen Angaben zufolge ging das Bruttoinlandsprodukt von 1989 bis 1993 um 35% zurück, die Energieversorgung brach zusammen, und 70% der Industrieanlagen wurden stillgelegt. Das reaktive, punktuelle wirtschaftliche Krisenmanagement hat die internen Widersprüche verschärft, und es besteht wenig Zweifel daran, daß sowohl die wachsende soziale Ungerechtigkeit als auch die aufkommende Privatinitiative eine potentielle Gefahr für das Regime darstellen. Nach Meinung von Experten verschärft die gegenwärtige *stop-and-go*-Politik ohne integrales Konzept die Informalisierung und Dualisierung der kubanischen Wirtschaft und damit die Einkommensunterschiede. Nach fast zehn Jahren "Spezialperiode in Friedenszeiten" stellt sich auch die Frage, wie

lange die Bevölkerung noch bereit ist, wirtschaftliche Opfer ohne politische Gegenleistung des Regimes zu bringen. Im Gegensatz zur Volksrepublik China erhält die kubanische Bevölkerung für den Verzicht auf demokratischen Pluralismus kaum wirtschaftliche Freiheiten, und auch der vormals ungeschriebene Pakt zwischen Staat und Volk "Befriedigung der sozialen Grundbedürfnisse für politische Geschlossenheit" funktioniert heute nicht mehr.

Zukunftsperspektiven: Revolution ohne Erben?

Die wachsende Diskrepanz zwischen offiziellem Diskurs und Realität, das Ende der Solidargemeinschaft und die Herausbildung einer autonomen Zivilgesellschaft sind deutliche Anzeichen dafür, daß ein psychologischer Systemwechsel in Kuba längst stattgefunden hat, sich die Machthaber aber hartnäckig weigern, dies anzuerkennen. Dennoch ist es durchaus möglich, daß der Antagonismus zwischen Transformationsgesellschaft und unbeweglicher Führungsschicht noch Jahre fortbesteht; nach Auffassung vieler zumindest solange, wie Fidel Castro an der Macht bleibt. Eine langfristige Fortsetzung des kubanischen Modells ohne den *máximo líder* scheint hingegen nicht sehr wahrscheinlich, da der "tropische Sozialismus" in der Tradition der lateinamerikanischen *Caudillos* von der charismatischen Figur Fidel Castros geprägt ist. Eine Revolution ohne Erben? Dies würde bedeuten, daß sich das politische System in Kuba am Anfang des Endes, in einem permanenten Zustand der Agonie befände.

Spiegelt die jüngste politische Verhärtung einen langfristigen Trend zu offener Repression wider oder ist sie lediglich Ausdruck der Fortsetzung der flexiblen Strategie des ständigen Wechsels zwischen Toleranz und Einschüchterung? Es lassen sich unterschiedliche Szenarien aufzeigen:

Militarisierung des Castro-Regimes: Die jüngste innenpolitische "Säuberung" deutet auf dieses Szenario hin. Weitere Argumente für eine Militarisierung des Castro-Regimes und ein schärferes Vorgehen gegen Regimekritiker ist der wachsende Einfluß der kubanischen Streitkräfte auf die Gestaltung der Innen- und Wirtschaftspolitik des Landes. Neben der Kommunistischen Partei sind die kubanischen Streitkräfte die wichtigste Stütze des Castro-Regimes. Seit 1997 stellen die Militärs ein Viertel des Politbüros, leiten sechs Ministerien und haben sich nach der *de facto* Beendigung der internationalen Missionen als ausführende Kraft

der Wirtschaftsreformen profiliert. Zahlreiche Staatsunternehmen werden bereits von Militärs geführt, die über weitgehende Autonomie gegenüber der politischen Führungsschicht verfügen und bereits heute eine eigenständige Unternehmerklasse bilden. Zudem basiert die derzeitige Reform von ca. 700 Staatsbetrieben, das sogenannte "*perfeccionamiento empresarial*", auf der Managementenerfahrung der Militärs.

Der *de facto*-Oberbefehlshaber der Streitkräfte Raúl Castro ist spätestens seit dem V. Parteitag der offizielle Nachfolger von Fidel Castro und somit einer der Schlüsselfiguren des *Post-Castrismo*. Allerdings bilden die kubanischen Streitkräfte im Gegensatz zu zahlreichen lateinamerikanischen Ländern keinen "Staat im Staat", sondern sind ein integraler Bestandteil des zivilmilitärischen Projekts der Revolution und somit loyal gegenüber dem Regime, das ihnen sowohl im alten als auch im neuen wirtschaftlichen Kontext weitreichende Privilegien verschafft hat. Gleichzeitig wird das Militär bisher nicht mit repressiven Maßnahmen gegen die Bevölkerung identifiziert, da diese Rolle traditionell dem mächtigen kubanischen Sicherheitsapparat und der Polizei vorbehalten ist. Ob es im Falle einer Polarisierung zwischen Regime und Opposition zu einer offenen Konfrontation zwischen Militär und Volk kommen könnte, bleibt somit fraglich. Sollten sich die innenpolitischen Spannungen verschärfen oder Fidel Castro als politische Identifikationsfigur nicht mehr zur Verfügung stehen, ist ein Eingreifen der Militärs als effizienteste Institution der kubanischen Revolution sehr wahrscheinlich. Die Nähe zu den USA und eine mögliche Intervention, die wachsende Abhängigkeit vom kapitalistischen Ausland sowie die Gefahr eines gesamtgesellschaftlichen Konflikts sprechen allerdings gegen die dauerhafte Einrichtung einer Militärherrschaft.

Wachsender Einfluß der Reformkräfte innerhalb der Führungselite: Momentan ist dieses Szenario zwar nicht wahrscheinlich, angesichts des Wechsels zwischen "*apertura y cierre*" aber nicht auszuschließen. Unter dem Stichwort die „Revolution revolutionieren“ hat sich in kubanischen Intellektuellenkreisen ein Konsens für weitgehende Reformen innerhalb des bestehenden Systems der Kommunistischen Einheitspartei herausgebildet. Auch innerhalb der Institutionen der kubanischen Revolution gibt es Reformkräfte, die vor allem in der Wirtschaftspolitik mehr Veränderungen wünschen, sich aber bisher nicht gegen Fidel Castro und die *Hardliner* durchsetzen konnten. Diese Kräfte treten für mehr Mitbestim-

mung der Bürger in den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen, eine weitergehende Anpassung an die soziale Marktwirtschaft, einschließlich der Entstehung kleiner und mittelständischer Unternehmen in privater Hand, sowie die Fortsetzung des Sozialprogramms und der Dominanz der Kommunistischen Partei ein.

Der Einfluß der Reformkräfte in der politischen Führungselite ist konjunkturabhängig. Sollte sich die Wirtschaftskrise weiter verschärfen und der Reformdruck steigen, könnten die Erneuerer innerhalb des Regimes wie zu Beginn der neunziger Jahre wieder Aufwind bekommen. Zu den Reformern bzw. moderaten Kräften innerhalb der Nomenklatur wird die neue Generation um den Außenminister Roberto Robaina, den Kulturminister Abel Prieto sowie den Wirtschaftsfachmann Carlos Lage gezählt. Aber auch dem als möglichen Castro-Nachfolger gehandelten Ricardo Alarcón und dem *de facto*-Gouverneur des historischen Stadtzentrums von Havanna, Eusebio Leal, werden reformerische Tendenzen und eigene politische Aspirationen nachgesagt. Ob sich das angebliche "Quintett" der Erneuerer allerdings in einem möglichen Transitionsprozeß mit den Militärs einigen und sich gegen die *Hardliner* durchsetzen könnte, bleibt ebenso fraglich wie ihre eigentliche politische Linie. Unabhängig davon wird Fidel Castro, der die Revolution als sein Lebenswerk begreift, als größtes Hindernis und bedeutendste Blockadekraft für eine Transformation von innen gesehen.

Die aktuelle politische Konjunktur deutet vielmehr auf einen wachsenden Einfluß der orthodoxen Anti-Reformkräfte hin, die ihren historischen Führungsanspruch im Rahmen der Kommunistischen Einheitspartei um jeden Preis zu verteidigen scheinen. Neben Raúl Castro haben die *Hardliner* der Partei unter Führung des Vizepräsidenten des Staatsrates, José Ramón Ventura Machado, ihren Einfluß innerhalb des Systems gestärkt. Die momentane Diskreditierung der Reformkräfte innerhalb des Regimes ist einerseits auf die hohen sozialen Kosten des zögerlichen wirtschaftlichen Öffnungsprozesses zurückzuführen und andererseits auf das Risiko, Zugeständnisse an den bisher uneingeschränkten Machtanspruch des kubanischen Regimes machen zu müssen. Die gegenwärtige Reformblockade könnte jedoch langfristig zu einer gesamtgesellschaftlichen Polarisierung führen, vor allem wenn Fidel Castro als Kohäsionskraft zwischen den unterschiedlichen Fraktionen innerhalb des Regimes, die er immer wieder gegeneinander ausspielt, nicht mehr zur Verfügung stehen sollte.

Herausbildung einer Oppositionsbewegung:

Obwohl oder gerade weil die Kriminalisierung von Andersdenkenden die Diskrepanz zwischen Staat und Zivilgesellschaft verstärkt, scheint nach der Einschüchterungswelle gegen Dissidenten und freie Journalisten das Entstehen einer Oppositionsbewegung in Kuba nicht allzu wahrscheinlich. Trotz der Freilassung von 300 Inhaftierten im Jahre 1998 auf Gesuch des Papstes, liegt die Zahl der politischen Gefangenen in Kuba noch immer bei 300-500 Personen. Außerdem sind die Dissidenten durch die Kontrollen des mächtigen kubanischen Sicherheitsapparats und die Option des Exils – zur Zeit leben zwei Millionen Kubaner im Ausland – erheblich geschwächt; man schätzt ihre Zahl auf etwa 200. Durch die Diffamierungskampagne der kubanischen Regierung und die Finanzierung vieler Gruppen aus dem meist US-amerikanischen Ausland verfügen die Oppositionellen in Kuba ebenso wie die Exilkubaner über einen relativ geringen Rückhalt in der Bevölkerung. Darüber hinaus ist es der internen und externen Opposition bisher nicht gelungen, eine gemeinsame Zukunftsvision zu entwickeln. Auch die Katholische Kirche ist bis auf einige Persönlichkeiten, wie der Vikar von Havanna, Carlos Manuel de Céspedes, trotz ihres regierungsunabhängigen Diskurses und der Fähigkeit zur Massenmobilisierung kein eigentlich politischer Akteur und ihr gesellschaftlicher Einfluß weitaus geringer als in anderen lateinamerikanischen Ländern.

Eine spontane Massenmobilisierung gegen das Castro-Regime ist zwar denkbar, angesichts der jüngsten Einschüchterungskampagne aber weniger wahrscheinlich als zuvor. Dieses Szenarium ist im wesentlichen von der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation abhängig. Sollte es der Regierung nicht gelingen, die Versorgungskrise in den Griff zu bekommen und die wachsende soziale Ungerechtigkeit zu verringern, könnte es zu Protestaktionen kommen, deren Ausgang nur schwer vorauszusagen ist, aber evtl. für das erste Szenarium sprechen könnte. Langfristig gesehen ist ein Generationskonflikt in einer "Revolution ohne Erben" vorprogrammiert. Über 60% der kubanischen Bevölkerung gehören der post-revolutionären Generation an, die im Gegensatz zu ihren Eltern nicht die Euphorie, sondern die Krise des kubanischen Entwicklungsmodells erlebt hat. Eingeschränkte politische Meinungsfreiheit, unfreiwilliger Konsumverzicht, geringe Berufsperspektiven und ein historischer politischer Diskurs ohne Zukunftsvisionen bieten kaum Identifikationsmöglichkeiten für die kubanische Jugend, die sich

immer stärker am amerikanischen Weltbild orientiert.

Kurzfristiges Szenario – Krisenmanagement:

Die innenpolitische Verhärtung des Jahres 1999 deutet darauf hin, daß das Regime durch die wachsenden inneren Widersprüche und das permanente wirtschaftliche Krisenmanagement an Rückhalt in der Bevölkerung verloren hat, wobei die offene Repression gegen jede Form der politischen Kritik diesen Trend eher fortsetzen dürfte. Bisher gründete sich der Machterhalt des Castro-Regimes auf Gewaltverzicht, politische Kontrolle durch ideologische Indoktrination, einen nationalen Diskurs und ein umfassendes Sozialprogramm. Sollte die Repressionswelle hingegen anhalten, könnte das Regime nicht nur an Legitimation verlieren, sondern auch die Weichen für künftige politische Konflikte mit ungewissem Ausgang stellen.

Die kurz- und mittelfristigen Perspektiven deuten auf eine Fortsetzung des gegenwärtigen *muddling through* mit Hilfe der unkalkulierbaren Strategie des ständigen Wechsels von Toleranz und Einschüchterung sowie eines permanenten wirtschaftlichen Krisenmanagements hin. Sollte es nicht zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise kommen, kann die momentane Stagnation noch Jahre anhalten, denn die kubani-

schen Machthaber sind sich zwar bewußt, daß kein Weg zurück führt, haben aber weder ein alternatives Modell parat noch sind sie bereit, den Weg nach vorn, zu mehr demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen zu beschreiten. Solange Fidel Castro die Geschicke des Landes in der Hand hält und sich keine glaubwürdige Oppositionsbewegung formiert, scheint eine allmähliche wirtschaftliche Transformation ohne politische Transition das wahrscheinlichste Szenario in der nahen Zukunft.

Weiterführende Literatur:

DIRMOSER, Dietmar, 1999: Dynamische Stagnation in Kuba, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Bonn, Nr. 1: 28-37

GRATIUS, Susanne, 1999: 40 Jahre Revolution in Kuba: die blockierte Rückkehr in die Weltgemeinschaft (erscheint demnächst in: Internationale Politik. Europa-Archiv, Nr. 6, Berlin

HERNÁNDEZ, Rafael, 1998: ¿Hacia una nueva sociedad socialista? Cambios, crisis y configuraciones sociales en Cuba, in: Nueva Sociedad, Caracas, Nr. 157: 137-154

INSTITUTO DE RELACIONES EUROPEO-LATINOAMERICANAS IRELA, 1999: 40 años de Revolución en Cuba: ¿transición hacia dónde?, Dossier Nr. 68, Madrid

JATAR-HAUSMANN, Ana Julia, 1998/99: What Cuba can Teach Russia, in: Foreign Policy, Nr. 113: 87-104

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rzz.uni-hamburg.de/iik>